

# Militärdienst nach dem Lustprinzip?

Autor(en): **Müller, Jürg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **40 (2013)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-911095>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Militärdienst nach dem Lustprinzip?

Die Wehrpflicht soll in der Schweiz aufgehoben werden. Das fordert eine Volksinitiative, über die am 22. September 2013 abgestimmt wird. Doch die Schweizer stehen heute deutlich hinter der Armee, deutlicher als auch schon.

Von Jürg Müller

Das Thema eignet sich hervorragend für Pathos: «Das Zusammenleben in unserem schönen und sicheren Land basiert auf Rechten und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger. Der Militärdienst ist Ausdruck dieser Pflicht zum persönlichen Engagement.» Dies sagte die freisinnige Sicherheitspolitikerin Corina Eichenberger-Walther in der Nationalratsdebatte im Dezember 2012. Das Volksbegehren zur Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht der «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee» (GSoA) weckt Emotionen. Da kann es vorkommen, dass nicht immer mit dem feinen Florett gekämpft, sondern schwereres Geschütz aufgeföhren wird. So tauft etwa das gegnerische Komitee die Initiative schlicht um in «Unsicherheits-Initiative». Bei der Initiative gehe es nicht um die Frage der Wehrpflicht, sagt das Komitee, die Initianten wollten die Armee abschaffen. Ein Argument, das im Fall der «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee» nicht völlig von der Hand zu weisen ist. Und auch die GSoA greift im Abstimmungskampf zum Zueihänder: «Nicht alle haben Zeit, Krieg zu spielen», lautet der Aufmacher-Titel in der Mai-Ausgabe der «GSoA-Zitig».

### Weniger Leute nötig

Was die Initiative will, ist einschneidend. Die Militärdienstpflicht soll abgeschafft und durch eine Freiwilligen-Armee ersetzt werden. Die Initianten argumentieren, dass die Schweiz im Verhältnis zu ihrer Bevölke-

rungszahl europaweit immer noch die grösste Armee habe. Dabei lägen die Bedrohungen heute längst nicht mehr im klassischen militärischen Bereich. Nationalrätin Evi Allemann, Sicherheitsexpertin der Sozialdemokraten, sagt, nach Ende des Kalten Krieges hätten «die vor allem auf die klassische Landesverteidigung konzipierten Wehrpflichtarmeen» an Bedeutung verloren. Sie plädiert für eine konsequente Spezialisierung der Wehrdienste auf die modernen Bedrohungen. Doch da braucht es markant weniger, aber besser ausgebildete Leute.

### Angriff auf Grundpfeiler der Schweiz

Mit der Initiative werde ein Grundpfeiler der Schweiz angegriffen, finden die Befürworter der Wehrpflicht. Der Schutz des Landes sei eine Aufgabe aller Schweizer Bürger. Die Armee, in der Leute aus allen Bevölkerungsschichten und Berufsgruppen Dienst leisteten, garantiere ein enormes Qualitätsreservoir. Eine Freiwilligenarmee münde wegen der Rekrutierungsprobleme fast zwangsläufig in eine Berufsarmee, was nicht nur dem Schweizer Milizprinzip zuwiderlaufe, sondern auch teurer sei. Nationalrätin Corina Eichenberger sprach in der Parlamentsdebatte auch die problematische Seite bei der Rekrutierung in Freiwilligenarmeen an: «Jede Armee hat die Tendenz, Personen mit rechtsradikaler politischer Einstellung oder übersteigertem Abenteuerlust anzuziehen. Im gegenwärtigen System sorgt die Militärdienstpflicht aber dafür,

dass solche Risikogruppen in der Minderheit bleiben.»

### Massenheer oder nicht?

Das Argument von SP-Nationalrätin Evi Allemann, dass in Europa die Massenheere abgebaut würden und von den 28 Nato-Staaten mittlerweile 20 eine Freiwilligenarmee hätten oder planten, kontert Verteidigungsminister Ueli Maurer mit der Bemerkung, man müsse vom Klischee des Massenheers endlich Abstand nehmen, «denn die Schweiz hat kein Massenheer». Gleichzeitig seien immer nur rund 5000 Soldaten im Dienst – ohne Rekrutenschulen und Instruktooren. Bei Bedarf könnten jedoch rasch mehr Leute aufgeboden werden. Bei einer Freiwilligenarmee dagegen «haben wir keinerlei Garantie, dass im entscheidenden Zeitpunkt die notwendigen personellen Ressourcen zur Verfügung stehen». Maurer verweist zudem auf die enormen Rekrutierungsprobleme bei Freiwilligenarmeen: Spanien müsse Leute aus Südamerika holen, sagt er, und «Grossbritannien rekrutiert seine Freiwilligen in den Gefängnissen. Wollen wir solche Verhältnisse?»

Wohl kaum. Die Initianten werden einen schweren Stand haben. Die Ende Mai dieses Jahres veröffentlichte Studie «Sicherheit 2013» der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (ETH) zeigt, dass sich deutlich mehr Leute für die allgemeine Wehrpflicht aussprechen als im Vorjahr. Die repräsentative Umfrage deutet auf einen regelrechten Meinungsumschwung der Schweizer Bevölkerung in Armeefragen hin. Im letzten Jahr waren noch 48 Prozent für die Abschaffung der Wehrpflicht, jetzt sind es bloss noch 33 Prozent. Die ETH-Forscher führen dies auf die frühzeitig einsetzende öffentliche Debatte zurück, die zahlreiche armeenaher Organisationen auf den Plan rief. Sie schliessen aber gleichzeitig nicht aus, dass der eigentliche Abstimmungskampf, wenn die GSoA und ihre Verbündeten die Kampagne starten, erneut signifikante Veränderungen im Meinungsspektrum nach sich ziehen könnte.

JÜRGEN MÜLLER ist Redaktor der «Schweizer Revue»

### WEITERE ABSTIMMUNGSVORLAGEN

Am 22. September 2013 kommen neben der Wehrpflicht zwei weitere Vorlagen zur Abstimmung. Die Revision des Epidemiengesetzes will einen besseren Schutz vor übertragbaren Krankheiten und genauer definierte Zuständigkeiten von Bund und Kantonen. Impfkritische Kreise haben das Referendum ergriffen, weil sie sich gegen einen von ihnen befürchteten staatlichen Impfwang wehren. Das Bundesamt für Gesundheit sagt, derartige Zwangsmassnahmen seien ausgeschlossen. Zudem wird das Volk gefragt, ob es eine Liberalisierung der Öffnungszeiten bei Tankstellenshops wolle. Gegen die Öffnung rund um die Uhr haben diverse linke und kirchliche Organisationen das Referendum ergriffen, weil sie diese als Auftakt zu weiterer Liberalisierung sehen. In der Tat sind im Parlament Vorstösse zu generell längeren Ladenöffnungszeiten hängig. Das Referendumskomitee wehrt sich dagegen, dass die Nacht und der Sonntag vollständig wirtschaftlichen Interessen geopfert würden. (JM)